



Schriftleitung und Verlag: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26. Fernsprecher: Ortsverkehr Dönhoff (A 7) 3600-3665, Fernverkehr Dönhoff 3686-3698. Telegramme: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheck-Konto: Berlin 660.

Berlin

Durch eigene Geschäftsstellen 3 M monatlich (einschließlich 36 Pf. Zustellkosten) oder 70 Pfennig wöchentlich. Anzeigen: 46 mm breite mm-Zeile 35 Pf., Familien-Anzeigen 30 Pf. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.

Nummer 65

SONNABEND, 17. MÄRZ 1934

15 Pfennig

Frankreich rüstet nicht ab

Beschluß des Senatsausschusses — Die Antwort an England

PARIS, 16. März (DNB)

Außenminister Barthou hat, wie der „Matin“ meldet, den Wortlaut der französischen Antwort auf die englische Denkschrift in der Rüstungsfrage Mittwoch abend fertiggestellt. Die Antwort ist Donnerstag vom Ministerpräsidenten Doumergue einer Durchsicht unterzogen worden. Die Note wird nach Genehmigung durch den für Sonnabend nachmittag einberufenen Ministerrat sofort nach London abgehen.

Der Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten hat sich am Freitag mit der internationalen Lage beschäftigt. Der Ausschußvorsitzende Berenger berichtete an Hand der diplomatischen Unterlagen des Quai d'Orsay und seiner letzten Unter-

redungen mit Außenminister Barthou über die Abrüstungsfrage, besonders die deutsche Note vom 13. März. Nach eingehender Aussprache wurde eine Entschlieung, die dem Ministerpräsidenten und dem Außenminister überreicht werden soll, einstimmig angenommen, in der es heißt:

„Der Auswärtige Senatsausschuß bestätigt seine früheren Beratungen, wonach Frankreich angesichts der Aufrüstung Deutschlands und mangels jeder organisierten Sicherheit sich nicht durch ein Abkommen binden kann, dessen Wortlaut es zwingen würde, entweder seine Rüstungen herabzusetzen oder auf die unerläßlichen Bedingungen seiner eigenen Sicherheit zu verzichten.“

Einigung in Rom

Heute Unterzeichnung eines Paktes Oesterreich—Ungarn—Italien

ROM, 16. März (DNB)

Wie verlautet, wird am Sonnabend nachmittag, 16 Uhr, im Palazzo Venezia das Abkommen unterzeichnet werden, das als Ergebnis der Dreierbesprechung zu betrachten ist. Wahrscheinlich wird bereits vorher eine von den drei Teilnehmern gemeinsam ausgearbeitete Erklärung veröffentlicht werden, die sowohl politischer als auch wirtschaftlicher Art ist.

Wie Neuter aus Rom meldet, ist es am Freitag abend zwischen Mussolini, Dollfuß und Gömbös zu einem wirtschaftlichen und politischen Abkommen über den Donauraum gekommen. Das Übereinkommen soll am Sonnabend unterzeichnet werden.

BUDAPEST, 16. März (DNB)

Die Budapester Blätter vom Freitag abend melden einheitlich, daß die Dreierbesprechungen in Rom zu einem guten Abschluß gekommen seien, der trotz wirtschaftlicher und politischer Vereinbarungen gegen keinen Staat eine Spitze darstelle. Besonders befriedige eine Äußerung des ungarischen Ministerpräsidenten Gömbös, wonach die politischen und wirtschaftlichen Verhandlungen im Prinzip zu einem völlig befriedigenden Abschluß geführt haben.

Eine Wiener Darstellung

WIEN, 16. März (Eigene Meldung)

Das Organ des Bundeskanzlers Dr. Dollfuß, die „Reichspost“ meldet aus Rom „von diplomatischer, wenn auch nicht autorisierter Seite“, folgende Ergebnisse der Dreierkonferenz:

1. „Die Unabhängigkeit Oesterreichs und die Zusammenarbeit für den europäischen Frieden bilden die Grundlage jeder wirtschaftlichen Verständigung über den Donauraum. In Ergänzung der Drei-Mächte-Note über eine Souveränitäts-Garantie für Oesterreich werden Italien und Ungarn diesen fundamentalen Punkt sich erneut zu eigen machen. Naturgemäß folgt daraus, daß auch jeder vierte Staat, der nach dem lebhaften Wunsch aller drei Länder sich den voraussehenden Wirtschaftsverhandlungen über den Neuaufbau des Donauraums anschließen möchte, sich zu diesem Hauptpunkt zustimmend wird bekennen müssen.“

Hitler an den Reichsverband Deutscher Offiziere

Der Führerrat sowie Vertreter sämtlicher Verbände des Reichsverbandes Deutscher Offiziere traten am Freitag zu einer ersten Tagung zusammen. General Graf von der Goltz verlas folgendes Begrüßungstelegramm des Reichskanzlers, das mit größter Begeisterung aufgenommen wurde: „Dem Reichsverband Deutscher Offiziere entbiete ich anlässlich seiner Führertagung meine besten Grüße. Ich habe von dem Aufruf des Generals Grafen von der Goltz gern Kenntnis genommen und freue mich, daß der Reichsverband Deutscher Offiziere gewillt ist, seine ganze Kraft für den Wiederaufbau des Vaterlandes einzusetzen. Reichskanzler Adolf Hitler.“ Einem Vortrag des Obersten a. D. von Derken folgten verschiedene Referate, unter denen das des Reichsführers der nationalsozialistischen Kriegsoffiziersversorgung, Hg. Oberlinbober, besondere Beachtung fand. Die Tagung schloß mit dem Gelöbnis, in treuer Gefolgschaft alle Kräfte für den Aufbau des Vaterlandes einzusetzen und Schulter an Schulter mit allen Volksgenossen im nationalsozialistischen Staat zu dienen. Dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler wurden telegrafisch die Grüße des Reichsverbandes Deutscher Offiziere übermittelt.

Deutsche Industrie und Arbeitsoffensive

Der Reichsstand der Deutschen Industrie teilt mit: Mit freudiger Zustimmung hat die Industrie den Ruf der Reichsregierung, mit ihr und dem ganzen deutschen Volk zusammen den 21. März als Beginn der neuen Arbeitschlacht zu feiern, aufgenommen.

Handwerk und Handel werden diese Feier in öffentlichen Versammlungen begehen. Dagegen wird die Industrie diese Feierstunde ihrer Struktur entsprechend in den Betrieben selbst abhalten, um hierdurch auch gleichzeitig der Volksverbundenheit von Werksführung und Gefolgschaft grade an der Stätte der gemeinsamen Arbeit sichtbaren Ausdruck zu verleihen. Bei dieser Gelegenheit wird die Werksleitung die seit dem 1. Oktober v. J. neu eingestellten Arbeitskräfte feierlich in den Betrieb einführen und einen Ausblick auf die geschäftliche Entwicklung des Unternehmens in der nächsten Zeit geben.

Die Berichte stimmen darin überein, daß der Aufruf der Reichsregierung überall in der Industrie einen begeisterten Widerhall findet. Dem Reichsstand der Deutschen Industrie ist aus allen Teilen des Reiches gemeldet worden, daß die Durchführung der vorgesehenen Feiern überall sichergestellt ist.

Musikalischer Abendempfang beim Reichspräsidenten

Reichspräsident von Hindenburg veranstaltete am Freitagabend einen musikalischen Abendempfang, an dem neben zahlreichen anderen Gästen Reichskanzler Adolf Hitler und Reichsaußenminister Freiherr von Neurath teilnahmen. Das Klingler-Quartett spielte in bekannter Meisterkraft das Mozartsche B-Dur-Quartett und das Haydn'sche Kaiserquartett, und Kammeränger Heinrich Schlusnus begeisterte die Zuhörer durch einen wundervollen Gesang von Schumann- und Schubert-Liedern.

Freiwillige Sterilisierung in England

Von

Universitätsprofessor Dr. JULIAN HUXLEY, London

Der Bericht des Sachverständigen-Ausschusses für das Sterilisierungsproblem in England stellt vor allem deshalb ein besonders interessantes Schriftstück dar, weil es sich um den ersten Versuch in der Geschichte dieses Landes handelt, reine Biologie auf die soziale Praxis anzuwenden. Es strebt, unbeeinflusst von religiösen, nationalen oder politischen Beweggründen wissenschaftliche Objektivität an und aus diesem Grunde können seine Ergebnisse, so nüchtern und bescheiden sie auch an und für sich sein mögen, vielleicht als die Vorboten eines neuen Zeitalters der sozialen Gesetzgebung gelten.

Das Komitee wurde vor allem eingesetzt, um die Ursachen und besonders die Vererbung von Geisteskrankheit und Geisteschwäche zu untersuchen. Seine zweite Aufgabe bestand in der Prüfung der Frage, ob und inwieweit die Sterilisierung Geisteskrankheit und Geisteschwäche verhindern könne und drittens sollten Vorschläge darüber erstattet werden, welche weiteren Forschungen zweckdienlich seien.

Bei jeder Diskussion über das Sterilisierungsproblem machen sich starke psychologische Vorurteile für und gegen die Unfruchtbarmachung geltend. Die feindlichen Vorurteile entspringen dem einen oder dem anderen zweier religiöser Gründe. Der erste ist die asketische Komponente des Christentums, die alle mit der Fortpflanzung in Verbindung stehenden Dinge mit einem Tabu belegt, sie als „geheilig“ betrachtet und daher von jeder naturwissenschaftlichen Untersuchung ausnimmt.

Der zweite Grund ist der metaphysische oder theologische Glaube, daß die Rettung von Seelen der wichtigste Sinn des menschlichen Daseins sei, und daß es daher sündhaft sei, die Geburt von Kindern zu verhindern, mit welchen körperlichen oder geistigen Schwächen diese auch immer behaftet sein mögen.

Ein psychologisches Vorurteil der entgegengesetzten Richtung ist jenes, welches unser eigenes verdrängtes Schuldgefühl befriedigt, indem es rächende Strafen über Übeltäter, deren der Staat habhaft wird, verhängt. Gewisse Länder und namentlich einige amerikanische Bundesstaaten schreiben die Unfruchtbarmachung als einen Teil der Strafe bei Sexualverbrechen vor. Glücklicherweise treten allmählich überall vernunftgemäßere Gedankengänge in den Vordergrund und das Komitee legte in seinem Bericht großen Nachdruck darauf, die vorerwähnte Ansicht und alle aus ihr zu ziehenden Schlußfolgerungen ausdrücklich zu verwerfen. Die Sachverständigen fassen ihren eigenen Standpunkt mit den Worten zusammen: „Die Sterilisierung sollte als ein Recht und nicht als eine Strafe angesehen werden.“

Man kann sich freilich mit dem Problem ebenso vom rein medizinischen Standpunkt befassen wie man sich etwa mit der Zuckerkrankheit oder dem Krebs befaßt. Aber medizinische Probleme sind nur allzu oft mit sozialen untrennbar verwickelt. Die Tuberkulose ist ebenso eine Krankheit der Gesellschaft wie des Einzelwesens und dasselbe gilt auch von Geisteskrankheit und Geisteschwäche. Es scheint keinem Zweifel zu unterliegen, daß geistig unter normale Personen die Voraussetzungen zu Elendsvierteln schaffen genau so wie ein Elendsviertelmilieu geistig unternormale Personen hervorbringen kann. Es gibt zahlreiche Beweise dafür, daß eine abnorm große Menge von Geisteschwachen aus einem ziemlich festumgrenzten Abschnitt der Bevölkerung hervorgeht, jenem Abschnitt, der auch die Ursache eines unerbittlich wachsenden Wachstums der Kriminalität, der Prostitution und der Geisteskranken darstellt. Dies alles bedeutet, daß das Sterilisierungsproblem nicht als ein rein medizinisches aufgefaßt werden kann; es kann nicht von seinen sozialen Hintergründen und Verwicklungen losgelöst werden.

Nach dieser notwendigen Klarstellung können wir uns dem konkreten Teil des Komiteeberichtes zuwenden. Das Komitee gelangt nach Untersuchung des Vererbungs-faktors bei Geisteskrankheit und Geisteschwäche zu einer Empfehlung der Sterilisierung unter bestimmten Bedingungen und Garantien. Die erste und wichtigste Voraussetzung der Unfruchtbarmachung soll ihre Freiwilligkeit sein: die Zustimmung des Patienten für den Fall, daß er fähig ist, seine Zustimmung zu geben, die Zustimmung seiner Eltern, seines Vormunds oder Kurators, wenn er es nicht ist. Zwangsweise Sterilisierung verwirft das Komitee grundsätzlich — auch für besondere Fälle — hauptsächlich aus der Befürchtung, daß die öffentliche Meinung sich dagegen stellen würde.

Weiter bestehen die Sachverständigen darauf, daß die Sterilisierung auch bei jenen körperlichen Gebrechen Anwendung zu finden hätte, deren Vererblichkeit bekannt ist. Damit